

Gewalt sichtbar machen! - Einrichtung eines landesweiten Meldeportals für Gewaltvorfälle an Schulen

Drucksache 8/6957 · eingebracht 2026-05-11 – Antragsteller: **AfD**

Bildung

Sicherheit

Rassismus

Datenschutz

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert ein landesweites Meldeportal für Schulgewalt mit Video-Upload, Landkarte und migrationsbezogener Auswertung – finanziert durch Kürzung von Antirassismus- und Integrationsmaßnahmen.

KERNFORDERUNGEN

- Zentrales Meldeportal mit anonymen Meldungen
- Upload-Funktion für Video/Ton und interaktive Landkarte
- Hauptamtlicher Gewaltbeauftragter mit Polizeikoordination
- Kostenneutrale Umsetzung durch Streichung von 'Schule ohne Rassismus' und Integrationsmaßnahmen
- Jährliche Veröffentlichung anonymisierter Daten inkl. migrationsbezogener Merkmale

BEWERTUNG

2.0 / 10 GEMEINWOHL - SCORE
Ablehnen

Der Antrag widerspricht zentralen GWÖ-Werten: Er instrumentalisiert Gewaltstatistik zur Stigmatisierung von Migrant:innen (Verstoß gegen Menschenwürde, D1), kürzt bewährte demokratische Bildungsstrukturen wie 'Schule ohne Rassismus' (Verstoß gegen Transparenz & Mitbestimmung, D5), und verlagert Verantwortung von pädagogischer Prävention hin zu polizeilicher Erfassung (Verstoß gegen Soziale Gerechtigkeit, D4). Die vorgesehene anonyme Landkarte mit Tätermerkmalen verstößt gegen das Rechtsstaatsprinzip und fördert kollektive Verdächtigung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Niedrigschwelligkeit der Meldung
- Systematische Datenerhebung für Prävention

Schwächen

- Stigmatisierung durch migrationsbezogene Datenanalyse
- Abschaffung von Antirassismus-Strukturen
- Fehlende datenschutzrechtliche Absicherung

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	-	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	-	•	•
D · BÜRGER:INNEN	--	•	•	--	--
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde im schulischen Raum Bewertung: -5

Stigmatisierung durch migrationsbezogene Datenanalyse

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -4

Einstellung des Netzwerks 'Schule ohne Rassismus'

D5 Transparenz & Mitbestimmung in der Schule Bewertung: -4

Abschaffung partizipativer Demokratiebildung

C3 Politische Führung: Verantwortung für Bildungspolitik Bewertung: -3

Kostenneutrale Umsetzung durch Kürzung sozialer Aufgaben

CDU**WAHLPROGRAMM**

4/10

Teilweise Übereinstimmung mit Sicherheitsvorhaben (Body-Cams, Polizeistärkung), aber fundamentaler Widerspruch zur CDU-Betonung von Prävention, Schulsozialarbeit und Sprachförderung. Der Antrag kürzt explizit diese Bereiche (Q13) und ignoriert die CDU-Forderung nach interministeriellem Arbeitskreis zum Kinderschutz (Q11).

„Wir stärken das Amt des Kinder- und Jugendbeauftragten, der zugleich Landesmissbrauchsbeauftragter ist, indem wir ihm Unabhängigkeit sowie die notwendigen Ressourcen bereitstellen.“

CDU Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 57

PARTEIPROGRAMM

3/10

Widerspricht dem christlich-demokratischen Menschenbild (Q16) und dem Subsidiaritätsprinzip (Q18), da er staatliche Kontrolle über Bildungseinrichtungen ausweitet und Elternkompetenz untergräbt. Keine Übereinstimmung mit Forderung nach 'Hilfe zur Selbsthilfe'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

ANTRAGSTELLER: IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Vollständige Umsetzung der AfD-Kernforderungen: Polizeistärkung (Q3), Kriminalitätsfokus auf 'Clan-Kriminalität' und 'ausländische Tatverdächtige' (Q1), Ablehnung von 'Schule ohne Rassismus' (implizit durch Einstellung), und technologiegestützte Überwachung als Mittel der Gefahrenabwehr.

„Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Gesamtzahl aller ermittelte...“

AfD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 31

„Die AfD tritt dagegen für eine leistungsdifferenziertes mehrgliedriges Schulsystem ein.“

AfD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 22

PARTEIPROGRAMM

10/10

Deckt sich vollständig mit AfD-Grundsatzprogramm: Forderung nach 'Systemwechsel' zur Gefahrenabwehr (Q10), Ablehnung von 'Gender-Ideologie' und 'Multikulturalismus' (Q7), Schließung von Koranschulen (Q9), und Leistungsorientierung statt Inklusion (Q8).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

1/10

Fundamentaler Widerspruch zu allen SPD-Kernpositionen: Die SPD fordert explizit den Ausbau von 'Schule ohne Rassismus' (Q21), Gewaltschutzambulanzen (Q22), geschlechtersensible Sprache (Q23) und politische Bildung (Q25). Der Antrag kürzt genau diese Strukturen und fördert gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

„den fortgesetzten Ausbau des Schulnetzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage““
SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 39

PARTEIPROGRAMM

1/10

Widerspricht dem Hamburger Programm: Das SPD-Grundsatzprogramm ächtet Rassismus und Rechtsextremismus (Q26) und betont Integration durch Sprachförderung (Q27), nicht durch Stigmatisierung. Der Antrag untergräbt die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

2/10

Teilweise Übereinstimmung mit Forderung nach konsequenter Verfolgung von Gewalt gegen Einsatzkräfte (Q30), aber gravierender Widerspruch zur liberalen Rechtsstaatsauffassung: Das Portal gefährdet informationelle Selbstbestimmung (Q34) und verletzt das Verhältnismäßigkeitsprinzip durch Massenerfassung und Landkartenfunktion. Fehlende Berücksichtigung von Datenschutz als Kernliberalismus.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Widerspricht dem FDP-Grundsatzprogramm: Die FDP setzt auf 'Freiheit vor Sicherheit' (Q34) und 'vielfältiges und engagiertes Umfeld' (Q35), nicht auf Überwachungsinfrastruktur. Der Antrag untergräbt das liberale Menschenbild durch kollektive Verdächtigung.

„Strafverfolgung und Gefahrenabwehr müssen effizient, jeder Eingriff muss verhältnismäßig sein.“

FDP Karlsruher Freiheitsthesen 2012, S. 12

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Einrichtung der Stelle erfolgt kostenneutral durch Streichung und Umschichtung von Aufgaben innerhalb des Bildungsministeriums. Maßnahmen in den Bereichen Integration und Gleichstellung sollen reduziert, die Betreuung des Netzwerks „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ gänzlich eingestellt werden.

Die Einrichtung der Stelle erfolgt **mit zusätzlichen Haushaltsmitteln** und wird **ergänzend** zu bestehenden Strukturen wie dem Netzwerk 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage' sowie Integrations- und Gleichstellungsmaßnahmen gestaltet. **Alle Maßnahmen orientieren sich am Grundsatz der Nichtdiskriminierung und schließen gruppenbezogene Verdächtigung aus.**

Begründung: Behebt den fundamentalen Verstoß gegen Menschenwürde (D1) und soziale Gerechtigkeit (D4) durch Abschaffung der Stigmatisierungskomponente und Erhaltung präventiver Demokratiebildung.

Vorschlag 2 von 3

Original: Das Portal soll darüber hinaus Funktionen für das Hochladen von Videos oder Tondokumenten sowie eine Landkarte zur Aufzeichnung von Gewaltvorfällen und zur Aufschlüsselung von Täter-, Opfer- und Tatortmerkmalen enthalten.

Das Portal ermöglicht ausschließlich **textbasierte Meldungen** mit optionaler anonymisierter Beschreibung. **Eine Landkarte, Täter- oder Opfermerkmale sowie Upload-Funktionen für Audio/Video werden ausgeschlossen**, um Datenschutz, Menschenwürde und Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Begründung: Verhindert Missbrauch, Ortsschelte und gruppenbezogene Diskriminierung — entscheidend für die GWÖ-Werte Menschenwürde (D1) und Transparenz & Mitbestimmung (D5).

Vorschlag 3 von 3

Original: Darüber hinaus würde ein solches Portal dazu beitragen, belastbare Daten zu gewinnen - auch im Hinblick auf Zusammenhänge zwischen Gewaltaufkommen und soziale beziehungsweise migrationsbezogene Faktoren.

Darüber hinaus würde ein solches Portal dazu beitragen, belastbare Daten zu gewinnen – **ausschließlich zur Entwicklung von präventiven, pädagogischen und sozialräumlichen Maßnahmen, ohne Zuordnung zu ethnischen, religiösen oder sozialen Gruppen.**

Begründung: Entfernt den rassistischen Datenbezug, der den Antrag in eklatantem Widerspruch zur GWÖ-Matrix (D1, D4) und zu allen demokratischen Parteiprogrammen stellt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · LSA8-113

Original-Antrag

Drucksache 8/6957

Gewalt sichtbar machen! - Einrichtung eines landesweiten Meldeportals für

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



Antrag

—

Fraktion AfD

Gewalt sichtbar machen! - Einrichtung eines landesweiten Meldeportals für Gewaltvorfälle an Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

ein zentrales, landesweites Meldeportal für Gewaltvorfälle an Schulen einzurichten. Diesbezüglich sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:

1. Das Portal soll sowohl niedrigschwellig zugänglich sein und auf Wunsch anonym genutzt werden können sowie Schülern, Eltern und Schulpersonal offenstehen.
2. Das Portal soll darüber hinaus Funktionen für das Hochladen von Videos oder Tondokumenten sowie eine Landkarte zur Aufzeichnung von Gewaltvorfällen und zur Aufschlüsselung von Täter-, Opfer- und Tatortmerkmalen enthalten.
3. Die Gewaltvorfälle werden bei einem hauptamtlichen Gewaltbeauftragten gesammelt und systematisch ausgewertet. In enger Zusammenarbeit mit Polizei, Staatsanwaltschaft und zuständigen Behörden werden von ihm nötige Maßnahmen koordiniert.
4. Die Einrichtung der Stelle erfolgt kostenneutral durch Streichung und Umschichtung von Aufgaben innerhalb des Bildungsministeriums. Maßnahmen in den Bereichen Integration und Gleichstellung sollen reduziert, die Betreuung des Netzwerks „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ gänzlich eingestellt werden.
5. Die eingehenden Meldungen sind ferner jährlich in anonymisierter Form zu veröffentlichen.

Begründung

Gewaltvorfälle an Schulen in Sachsen-Anhalt nehmen nach übereinstimmenden Berichten aus Schulen, Polizei und Medien seit mehreren Jahren kontinuierlich zu. Sie werden von Betroffenen, Schulpersonal und Fachleuten immer deutlicher als ernstzunehmende Herausforderung beschrieben.

Es ist dabei davon auszugehen, dass ein Teil der Vorfälle bislang nicht oder nur unzureichend erfasst wird. Unterschiedliche Meldewege, fehlende Standardisierung, Hemmschwellen bei der Anzeige sowie fehlende Kategorisierung, etwa hinsichtlich überproportionaler Tatverdächtigenanteile oder spezifischer Tatorte wie des Schulwegs, tragen dazu bei, dass das tatsächliche Ausmaß schwer verlässlich bestimmt werden kann.

Die gegenwärtige Situation erfordert eine klare Reaktion. Ein landesweites Meldeportal kann hier eine ergänzende Funktion erfüllen, indem es eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Meldung bietet und zugleich eine systematische Datenerhebung ermöglicht. Dadurch können Präventionsmaßnahmen zielgerichteter entwickelt und Ressourcen effektiver eingesetzt werden.

Zugleich sind mögliche Problemstellungen wie Fehlmeldungen und Missbrauch durch eine klare rechtliche Ausgestaltung zu überwinden. Gleiche Erfordernis gilt für eine datenschutzkonforme Umsetzung sowie die Einbettung in bestehende schulische und pädagogische Strukturen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Einrichtung eines landesweiten Meldeportals notwendig, um das bislang bestehende Dunkelfeld deutlich zu verringern und Vorfälle systematisch sowie vergleichbar zu erfassen. Auf diese Weise können Entwicklungen frühzeitig erkannt und darauf aufbauend gezielte Maßnahmen entwickelt werden. Darüber hinaus würde ein solches Portal dazu beitragen, belastbare Daten zu gewinnen - auch im Hinblick auf Zusammenhänge zwischen Gewaltaufkommen und soziale beziehungsweise migrationsbezogene Faktoren.

Das vorgeschlagene Meldeportal ist ein notwendiger erster Schritt, um aus der Feststellung der Symptome die erforderlichen politischen Maßnahmen abzuleiten.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitz